

Zürich, 8. März 1999

KR-Nr. 84/1999

ANFRAGE von Franz Cahannes (SP, Zürich)

betreffend Schliessung der Medizinalgerätefirma Schneider (Europe) in Bülach

Per Ende Jahr wird die Medizinalgerätefirma Schneider (Europe), ein expandierender und florierender Betrieb, von den amerikanischen Eignern (Boston Scientific) geschlossen. 538 Angestellte verlieren ihre Stelle. Es wird damit gerechnet, dass der grösste Teil der Beschäftigten per Ende August entlassen wird.

Empörend ist nicht nur, dass damit durch Aufkauf ein unliebsamer Konkurrent eliminiert wird, sondern dass die Firma keine Hand für eine Schadensbegrenzung bietet, die diesen Namen verdient. So hat man, entgegen den Vorgaben des Mitwirkungsgesetzes weder die Belegschaft frühzeitig informiert, noch ihnen und ihrer Vertretung die Möglichkeit geboten, innert einer realistischen Frist Vorschläge einzubringen.

Stattdessen wird einseitig ein Sozialplan ausgearbeitet bei gleichzeitiger Drohung, diejenigen leer ausgehen zu lassen, die wegen "ungenügender Leistung" oder "aufgrund disziplinarischer Massnahmen" gekündigt werden. Damit werden die Beschäftigten indirekt davon abgehalten, die Gewerkschaft zu konsultieren. Der vorliegende Sozialplan gewährleistet nicht einmal die gemeinsame Kontrolle über die erfolgten Unterstützungen.

Die Firma hat zum einen eine Outplacement-Firma mit der Unterstützung der zu Entlassenden beauftragt und zum anderen ein Stellenvermittlungsbüro beigezogen. Diese Massnahmen werden es ihnen erleichtern, etliche Angestellte mittels "unechten" Angeboten schadlos loszuwerden.

Der "Herr-im-Haus-Standpunkt" bei der Firma stösst auf grosses Unverständnis und entspricht der "Hire and Fire"-Mentalität von amerikanischen share-holder-Ideologen. Gerade im Falle dieser Firmenliquidation wären mindestens Modelle praktikabel, wie sie in den letzten Jahren auch andernorts praktiziert wurden. Zu denken ist dabei an eine tripartit besetzte Transferorganisation in Form einer Arbeitsstiftung, wie sie im Falle Biberist mit Erfolg eingerichtet wurde.

Ich frage den Regierungsrat an:

1. Wurden der Firma Schneider zu Zeiten der Firmengründung oder allenfalls später Zugeständnisse in steuerlicher oder in anderer Hinsicht gewährt?
2. Wurde die Regierung vorgängig über die Pläne der Boston Scientific orientiert?
3. Hat sich die Regierung mit der Schliessung befasst und im Rahmen ihrer Möglichkeiten interveniert?
4. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass die Firmenliquidation mittels einer Transferorganisation begleitet werden sollte? Ist sie bereit, sich dafür zu verwenden, dass eine durch die Firma, die Behörden und die Gewerkschaften getragene Arbeitsstiftung eingerichtet wird?

Franz Cahannes